



Allgemeine Informationen

Wir, die Fraktion der Europäischen Volkspartei, bestehen aus christlich-demokratischen und bürgerlich-konservativen Mitgliedsparteien der verschiedenen Staaten der EU. Mit Beginn 1990 öffnete sich unsere Partei und damit Fraktion auch für liberal-konservative und mitte-rechts Parteien. Seit 1999 sind wir die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Unsere Wurzeln reichen zurück bis zu den Gründervätern der EU. Fraktionsvorsitzender ist seit 2022 Manfred Weber von der CSU aus Deutschland. Auch Kommissionspräsidentin von der Leyen und Parlamentspräsidentin Metsola sind Mitglieder der EVP.

Grundüberzeugungen

Wir sind eine Fraktion der bürgerlichen Mitte mit dem Ziel, ein starkes, wettbewerbsfähiges und selbstbewusstes Europa aufzubauen, ohne Konflikt zwischen europäischer, nationaler und regionaler Identität zu schaffen.

Geprägt von unseren christlichen Grundwerten stehen wir für Chancengleichheit und das Eintreten für Menschenwürde, Freiheit, und Frieden. Obwohl wir die gemeinsame europäische Identität fördern und mittelfristig deutlich näher in Europa zusammenrücken möchten, sind wir auch Vertreter des Subsidiaritätsprinzips. Wir treten für die repräsentative Demokratie, die Gewaltenteilung, Religions- und Meinungsfreiheit, für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ein und wehren uns gegen jede Form von Totalitarismus, egal welchen ideologischen Hintergrunds. Deshalb stehen wir u.a. überzeugt für die "Brandmauer gegen Rechts" ein.



Fraktion
Europäische Volkspartei
(EVP)

Größe: 185 Abgeordnete
bzw. 25% der Sitze

Fraktionsvorsitzender:
Manfred Weber

Internetseite:
www.eppgroup.eu/de

[JURI]

Der Rechtsausschuss bietet Unterstützung für rechtliche Fragen und die Ausgestaltung des EU-Rechts.

Die Wahrung der Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, der Gleichheit vor dem Gesetz sowie der Gewaltenteilung hat für uns Christdemokraten oberste Priorität.

Menschenrechtsverletzungen oder auch das Brechen bzw. Umgehen von EU-Gesetzen können wir demnach nicht hinnehmen und müssen geahndet werden.

Entscheidungen der Europäischen Union sind ein sehr mächtiges Mittel, das man demnach verantwortungsvoll einsetzen muss.

Als überzeugte Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft befindet sich unsere Vision



einer Gesellschaft im Ausgleich zwischen gegenseitiger Solidarität und dem Grundsatz der Eigenverantwortung. Im Bereich der Sozialpolitik sehen wir vor allem die Mitgliedsstaaten in der Pflicht, so wird die maximale Effizienz ausgenutzt. Die gemeinsame europäische Sozialpolitik sollte sich vordergründig auf Kooperationen zwischen Mitgliedstaaten beziehen.

Da wir die Nahbarkeit der Politik und die Praktikabilität der Subsidiarität für Schlüsselfaktoren einer starken demokratischen Gesellschaft halten, sollte daher stets die richtige Balance zwischen EU-Recht und der Souveränität der Einzelstaaten gehalten werden.

[FEMM]

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter setzt sich für ein zukunftsorientiertes Geschlechterverständnis in Europa ein.

Die EVP ist eine entschiedene Gegnerin von Diskriminierung: Wir fordern gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsquote von Frauen, um dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle entgegenzuwirken, sowie flexiblere Arbeitszeiten für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Beruf und Familie. Die demografische Entwicklung vieler unserer Mitgliedstaaten sehen wir mit Sorge, da sie langfristig unsere Demokratie schwächen und populistischen Kräften in die Hände spielen könnte. Deshalb liegt es uns besonders am Herzen, Familien zu unterstützen und eine kinderorientierte Gesellschaft zu gestalten. Beruf und Familie in Zukunft immer besser vereinbaren zu können und Familien finanziell zu unterstützen, halten wir somit für besonders wichtig.

Grundsätzlich sind restriktive Gesetze dennoch ein falscher Ansatz. Stattdessen sollte man, gerade auf europäischer Ebene, lieber Anreize für die Wirtschaft schaffen und nationale Maßnahmen sowie Institutionen stärken.

[LIBE]

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres beschäftigt sich mit der Einhaltung der Menschen-, Bürger- und Grundrechte sowie mit Fragen der politischen Freiheit und Sicherheit.

Das alles sind Themen, die der EVP sehr am Herzen liegen. Um die nationale und europäische Sicherheit zu gewährleisten und unsere demokratischen Prinzipien zu schützen, müssen wir uns auf unsere gemeinsamen Werte besinnen und diese verstärkt im Alltag ausleben. Politische oder religiöse Radikalisierung, in z.B. Schulen oder Gefängnissen, sehen wir als Kernproblem für unsere Demokratie an, weshalb wir



dagegen unbedingt vorgehen müssen. Im Rahmen der europäischen Integration ist besonders die Bildung von großer Relevanz, die auch Schlüsselstelle bezüglich der Chancengleichheit ist. Die Förderung des Austausches der Mitgliedsstaaten in diesem Bereich wird also von der EVP unterstützt.

Des Weiteren halten wir es für notwendig, die Distanz zwischen Politik und der Bevölkerung abuschaffen, um die demokratische Resilienz zu stärken und Frustration der Bürger zu verhindern. Somit sind wir Verfechter des Subsidiaritätsprinzips, da politische Entscheidungen so am besten auf jeweilige Situationen vor Ort und auf die Bevölkerung angepasst werden können.

[AFCO]

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen setzt sich mit EU-Institutionen auseinander und arbeitet daran, die Arbeitsweise der gesamten Europäischen Union transparent und demokratisch zu gestalten.

Die EVP-Fraktion setzt sich aktiv für die Einbindung aller EU-Bürger in die europäische Integration ein und hält Transparenz auf allen Ebenen sehr wichtig. So fordert die EVP beispielsweise eine verpflichtende Offenlegung aller NGOs, wie diese Steuergelder verwenden. Zudem halten wir eine gemeinsame, effiziente Lösung aller Probleme, die nicht selbstständig von den Mitgliedstaaten gelöst werden können, für notwendig. Gleichzeitig sollten die Partizipationsmöglichkeiten für EU-Bürger in Themen, die in der europäischen Zuständigkeit liegen, ausgebaut werden. Nur so kann der Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden.

Leitprinzipien der EVP in diesem Kontext sind Subsidiarität und Solidarität. Eine gemeinsame europäische (Außen-)Politik und Zusammenhalt sind ebenso wichtig wie eine klare Verteilung von Kompetenzen und Zuständigkeiten.

Weitergehende Informationen:

https://www.epp.eu/files/uploads/2015/09/Platform2012_DE1.pdf